



# Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband

## Erfolge seit 1995

Zürcher Lehrerinnen-  
und Lehrerverband  
Ohmstrasse 14  
Postfach  
8050 Zürich

Telefon 044 317 20 50  
sekretariat@zlv.ch  
www.zlv.ch

Mitreden  
Mitbestimmen  
Mitgestalten

**2018** Handarbeitslehrpersonen welche ihr Fächerprofil erweitern wollen, haben ab Sommer 2019 neu die Möglichkeit, dies unkompliziert an der PHZH zu tun. Dank der erfreulichen Zusammenarbeit des ZLV und der Hochschulleitung stehen nun fünf Fächer zur Auswahl.

Auf Druck des ZLV und anderer Verbände plant das VSA eine vollwertige Evaluation des neu definierten Berufsauftrages. Diese wird extern vergeben. Davor führen die Verbände selber zwei Umfragen durch. Die Teilnahme ist riesig.

**2017** Die Studentafel LP21 wird, dank ausgiebigem Lobbying, wie vom ZLV gefordert umgesetzt.

**2016** Das VSA erfüllt die Forderungen des ZLV und legt in einem Merkblatt die Anforderungen für Schulassistenten fest.

**2015** Für Lehrpersonen, bei denen wegen der Kleinpensenkantonalisierung ein Teil des Pensums oder das ganze Pensum nicht mehr obligatorisch in der Pensionskasse versichert ist, findet die Sozialversicherungsexpertin des ZLV die optimale Lösung bei der Pensionskasse „Musik und Bildung“, die auch vom VSA mitgetragen wird.

Auch Lehrpersonen mit Unterrichtsverpflichtung unter 10 Stunden werden kantonal angestellt. In diesem Zusammenhang wurden die Besitzstandswahrung bezüglich Lohn, die Anstellungsvoraussetzungen sowie die Übergangsfristen realistisch definiert.

**2014** Lehrmittel werden nach neuem Konzept mit wesentlich verbreiteter Mitsprache der Lehrpersonen produziert.

**2013** Ein Schulversuch mit „Fokus starke Lernbeziehung“ – nur zwei Lehrpersonen pro Klasse wird gestartet.

**2012** Assistenzen können in Schulen eingesetzt werden.

Die Initiative „Freie Schulwahl“ wird mit über 80% Stimmanteil wuchtig verworfen. Ein Zeichen des Vertrauens für die Volksschule.

Die Kadenz der externen Schulbeurteilung wird von vier auf fünf Jahre erhöht.

**2011** Das Dossier für die Mitarbeiterbeurteilung wird vereinfacht. Teilweise kann darauf verzichtet werden, sofern die Schulleitung die Verantwortung für den Mitarbeiterbeurteilungsprozess trägt.

**2010** Der Kantonsrat unterstützt die Lohnrevision. Die Einstiegsgehälter steigen um 8 -12%. Für lohnwirksame Qualifikationen wird die Skala vereinfacht.

Die Ausbildung zur IF-Lehrperson wird auf 2011/12 einfacher:

Weniger ECTS Punkte, mehr Zeitressourcen, weniger Leistungsnachweise.

Erste Verbesserungen bei übertriebenem Datenschutz: Die Jugendstaatsanwaltschaft erlässt eine Weisung, welche die Voraussetzungen für die Information der Schulorgane regelt.

Das sonderpädagogische Konzept der Bildungsdirektion wird zurückgezogen, da die Vorlage mit Sparvorgaben verknüpft war.

Im Projekt „Lehrmittelpolitik“ flossen die Forderungen aus dem Positionspapier Lehrmittel ein.

**2009** Gestaltungspool für besondere Belastungen (ca. 1 Lektion pro 6 Klassen).

Reduzierte Weiterbildung der Primarlehrpersonen für das Fach Religion und Kultur.

Im Entwurf „Vernehmlassung Berufsauftrag“ ist eine Entlastung für Klassenlehrerfunktion enthalten.

Lehrmittel: Einsetzung der Begleitkommission „Neuorganisation Lehrmittelpolitik“.

Beschluss Bildungsrat: Ein Zeugnisgespräch pro Schuljahr auf Kindergartenstufe genügt.

**2008** Lohn: Stufenaufstieg 2008 und 2009 für alle mit der erforderlichen Qualifikation ein Stufenaufstieg, für ca. 1/3 der Lehrpersonen zwei Stufenaufstiege.

Der Kindergarten wird kantonalisiert. Für Lehrpersonen des Kindergartens, die entlassen werden müssen, gibt es einen Sozialplan.

Petition Handarbeit/Werken verhindert den Unterricht in ganzen Klassen.

**2007** Lohnsplitting für Lehrpersonen, die auf Primar- und Sekundarstufe unterrichten. Das bedeutet eine substantielle Verbesserung für die Lehrpersonen der Sekundarstufe.

**2006** Religion auf der Sekundarstufe wird nicht abgeschafft, sondern flächendeckend als Religion und Kultur obligatorisch eingeführt.

**2004** Der ZLV unterstützt alle eingereichten Volksinitiativen (z.B. Handarbeitsinitiative, Initiative Klassengrösse etc.). Die Existenz dieser Initiativen hat unter anderem dazu geführt, dass im Haushaltsmassnahmenplan 06 keine weiteren Sparmassnahmen im Bereich Volksschule vorgesehen werden.

Initiative „Klassengrössen“, Rückzug 2008

Das letzte Drittel der Erhöhung der Klassengrössen wird nicht umgesetzt.

- 2001** Wichtige Anliegen der Lehrerschaft sind in die Gesetzesentwürfe zur Volksschulreform eingeflossen:
- Einführung von Schulleitungen im Rahmen des Konzeptes „Teilautonome Volksschule“ (TaV)
  - Erhalt der Lehrermitsprache
  - Festhalten am Klassenlehrerprinzip
  - Unterrichtsentlastung für Weiterbildungen während der Umsetzungsphase
  - Bis zwei Wochen Unterrichtseinstellung zur Organisation der Umsetzung Volksschulgesetz „Sonderpädagogische Massnahmen“

Mit Beginn des Schuljahres 2001/2002 wurde das Pflichtpensum von 28 Lektionen für alle Oberstufenlehrer/-innen Tatsache.

Berufsauftrag: Das Grundlagenpapier der Landespolitischen Kommission (SPK) hat den Entwurf des neuen Berufsauftrags durch die Bildungsdirektion massgeblich beeinflusst.

- 2000** Eine auf Initiative des ZLV eingesetzte Arbeitsgruppe verhindert die Abschaffung der Altersentlastung.

- 1999** Der ZLV setzt sich erfolgreich dafür ein, dass im Lehrpersonalgesetz gleiche Anstellungsbedingungen für alle Volksschullehrpersonen festgeschrieben werden.

Durch hartnäckiges Insistieren ist es dem ZLV mit den übrigen Personalverbänden gelungen, eine vorteilhafte Lösung für die Verteilung der überschüssigen Pensionskassengelder auszuhandeln.

Ein neues Lohnmodell, das der ZLV zusammen mit der Bildungsdirektion und den Schulpräsident/-innen ausgearbeitet hat, mildert die lohnwirksame Qualifikation. Als einzige Berufsgruppe unter den kantonalen Angestellten wird den Lehrerinnen und Lehrern auf den 1. Juli entweder eine ganze Besoldungsstufe (den jüngeren Lehrpersonen) oder eine Einmalzulage (allen übrigen) gewährt.

- 1998** Eine durch den ZLV eingereichte, staatsrechtliche Beschwerde beim Bundesgericht gegen die private Finanzierung des Schulprojektes 21 konnte die Privatisierungstendenz im Bildungswesen bereinigen.

- 1997** Zusammen mit dem VPOD erreichte der ZLV eine Lohnerhöhung für Kindergärtner/-innen von 9%.